

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich 1,20 M., halbjährlich 6,00 M., jährlich 11,40 M. (für Familienangehörige 1,20 M. für die Restzahlung anstehend an den bezugsfähigen Teil einer Zeitung 1,50 M. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U., Osterbahnhof-Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Anzeigenpreise kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Montag den 8. Oktober 1928 Nummer 236

Radio funkt Volksbegehren!

Die Kommunisten besetzen den Rundfunk

Statt des „Vorwärts“-Redakteurs Dr. Wolfgang Schwarz hält KPD-Landtagsabgeordneter Karl Schulz durch den Rundfunk eine 15 Minuten dauernde Rede für das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau

Achtung! Achtung! Welle...: Gegen Panzerkreuzer

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse machten den Versuch, die Massenaktion des Volksbegehrens gegen Panzerkreuzerbau durch eine Verhöhnung des Schwereigen zu sabotieren, ihre Keder nicht einmal über die Tatsache der Eröffnung des Volksbegehrens zu unterrichten, geschweige denn dagegen zu argumentieren.

Angesichts dieser Tatsache sowie des weiteren Umstandes, daß im „demokratischen“ Deutschland die KPD als einzige Partei von der Benutzung des Rundfunks zu politischer Aufklärung ausgeschlossen ist,

beschlossen mehrere Kommunisten, sich auf einem andern Wege den Zutritt zum Rundfunk zu verschaffen, um ihn in den Dienst des Volksbegehrens gegen den Panzerkreuzerbau, in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Interessen zu stellen.

Das war nur möglich, indem ein vom Rundfunk für einen politischen Vortrag vorgesehener Redner aus Berlin entfernt und an seiner Stelle einem kommunistischen Sprecher die Möglichkeit, im Rundfunk zu sprechen, verschafft wurde. Die Wahl fiel hierbei auf den Vorwärts-Redakteur Dr. Wolfgang Schwarz, der am Sonnabend 19.30 Uhr ursprünglich im Rundfunk über Friedensfragen sprechen sollte. Dr. Schwarz wurde am Tage vor seinem Vortrag von einer angeblichen Photogenieurin angelufen, die ihn aus Anlaß seines Vortrages um Ueberlassung eines Bildes und einiger Zeilen bat, worauf der Vorwärts-Redakteur bereitwillig einging. Ebenso bereitwillig nahm er am Abend des Vortrages eine angebliche Einladung des Rundfunks an, per Auto zu seinem Vortrag abgeholt zu werden. Das Auto brachte Herrn Dr. Schwarz jedoch in die dunkle Herbitzstraße und nicht nach dem Vog-Haus. Dort hielt inzwischen der Generalsekretär des Reichsausschusses für Volksbegehren, Genosse Landtagsabgeordneter Sch. 13, Neufuß, ungeladene Rede für das Volksbegehren, die wir unten wiedergeben.

Der Redakteur Dr. Schwarz ergab sich in sein Schicksal, hat jedoch, ihn nicht allzu weit von Berlin abzulassen, worauf ihn die Genossen denn auch auf der Heimfahrt noch ein Stück mitnahmen, bevor er aussteigen mußte.

Nach Abschluß seines Vortrages wollte man dem Genossen Schulz 150 Mark Honorar für seinen Vortrag aushändigen.

Genosse Schulz erklärte daraufhin, er sei gar nicht Herr Dr. Schwarz, sondern der kommunistische Landtagsabgeordnete Schulz, er wolle deshalb die Annahme des Honorars ablehnen, da er Herrn Dr. Schwarz nicht seines Geldes berauben wolle. Er ersuchte darum, das Geld für den Vortrag Herrn Dr. Schwarz zu übermitteln. Der Beamte des Rundfunks war naturgemäß

Die Rede des Genossen Schulz

Die Rede des Genossen Schulz im Rundfunk hat folgenden Wortlaut:

Probleme der Friedenssicherung ist das Thema, worüber zu sprechen ist. Das Thema steht im engen Zusammenhang mit dem schwebenden Volksbegehren, zu dem die Einzelschrittungen bereits wesentlich ausgelegt sind.

Kann man den Frieden sichern, wenn man 500 Millionen für Panzerkreuzerbau ausgeben bereit ist? Das aber ist die Konsequenz des Beschlusses der Reichsregierung vom 10. August d. J., 500 Millionen sollen zur neuen Flottenaufrüstung verwendet werden, doch es fehlte der hundertste Teil, 5 Millionen Mark, für Kinderpeinigung. Der Beschluß, Panzerkreuzer zu bauen, hat eine ungeheure Erregung in den werktätigen Massen hervorgerufen.

Die werktätigen Massen Deutschlands begrüßen es daher, daß ein Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau eingeleitet worden ist. Der Gesetzentwurf, der diesem Volksbegehren zugrunde liegt, lautet:

„Der Bau von Panzerkreuzern und Kreuzern jeder Art ist verboten!“

Die Einzelschrittungen zu diesem Volksbegehren hat bereits am 3. Oktober begonnen. Sie läuft nur bis zum 16. Oktober. Jeder, der gegen neue Kriegswaffen kämpft, muß sofort seinen Namen in die Einzelschrittungen eintragen. Eintragungsberechtigt ist jeder Reichstagswähler und jede Reichstagswählerin. Auch alle, die bis zum 16. Oktober das 20. Lebensjahr vollendet haben, können ihren Namen in die Einzelschrittungen schreiben.

Eine Million deutscher Familien hat keine eigene Wohnung. Vielleicht 1 1/2 Millionen weiterer Familien leben in erbärm-

lich verbaut. Freundlich grüßend verleihe Genosse Schulz die Räume der Funkstunde.

Die Berliner Arbeiterklasse ist den Kommunisten, die auf diese Art, ohne Rücksicht auf etwaige Schwierigkeiten, die bürgerlich-sozialdemokratische Schmeichelei gebrochen und den Rundfunk wenigstens einmal in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt haben, zu Dank verpflichtet. Sie gönnt den verlogenen bürgerlichen Demokraten, die ihre angebliche Meinungsfreiheit den Kommunisten vorzählt, die verdiente Blamose. Sie wird diesen Warnen zum Kampf gegen den neudeutschen Imperialismus mit ihrer Massenanziehung zum Volksbegehren beantworten.

lichen Wohnhöhlen. Trotzdem sollen 500 Millionen Mark für Panzerkreuzerbau hinausgeworfen werden. Millionen bleiben weiterhin wohnungslos.

Die Sozialfürsorge für die Opfer der Arbeit und des Krieges ist jammervoll. Kriegerrückbliebenen, Kriegswitwen, Arbeitslosen hungern, weil ihnen Hunderte geringe Renten gezahlt werden.

Die kleinen Bauern und Pächter haben keine oder unzureichende Kreditbeschaffungsmöglichkeiten. Das Reich stellt keine Mittel zur Kredithilfe für die kleinen Bauern, Pächter und Siedler zur Verfügung.

In furchtbarem Elend lebt auch die Masse der Inflationsgeschädigten, Kleinbürgerliche Elemente.

Die großen Unternehmer, die Finanzherren, die trusts, kapitalistischen Kreisläufe gewaltige Gewinne ein.

Wenn nun der Panzerkreuzerbau nach dem ABC erfolgen soll, so wird die unmittelbare Folge unzweifelhaft eine riesenhafte Steigerung der Steuerlasten für die werktätigen Schichten des deutschen Volkes sein.

Die Kriegesgefahr schwebt bereits als drohendes Gespenst über Europa. Die Entschlüsse der letzten Tage über die Aufrüstungspläne gegen Sowjetrußland zeigen das in großer Deutlichkeit.

Es ist viel illusorische Hoffnung auf den Völkerbund gelegt worden.

Der Völkerbund ist die G. m. b. H. der imperialistischen Hauptstaaten.

Seine Politik ist imperialistische und phantastische Verteilung des räuberischen Imperialismus. Jede Vergewaltigung, die unerhörteste Ausplünderung der werktätigen Massen und der unterdrückten Völker deckt und unterstützt der Völkerbund.

Der Völkerbund spricht in seinem Statut davon, daß die Friedenssicherung durch Abrüstungsmaßnahmen herbeigeführt werden soll. Praktisch hat das Wirken des Völkerbundes das Gegenteil herbeigeführt. Die imperialistischen Staaten haben heute über eine Million Mannschaften mehr unter den Waffen als das 1913 der Fall war. Die Vernichtungswerkzeuge, mit denen die Heere ausgerüstet sind, haben einen phantastischen Wirkungsfreis erhalten.

Die Sowjetregierung hat der Abrüstungskonferenz im November 1927 einen radikal und konsequent durchgeführten Abrüstungsplan unterbreitet. Sie sagt in ihrem Vorschlag an die Abrüstungskonferenz:

„Die Delegation der Sowjetmacht ist von ihrer Regierung ermächtigt, die vollkommenste Abschaffung aller Land-, See- und Luftstreitkräfte vorzuschlagen.“

Sie schlägt ferner vor die Vernichtung aller Waffen, die sich bei den Truppen oder in Waffen- oder anderen Lagern befinden. Vernichtung aller Kriegsvorräte, Kriegsmittel für den chemischen Krieg und aller anderen Nüchterns- und Zerstörungsmittel.

Die Sowjetmacht fordert, daß zur Kontrolle der Abrüstung außer Regierungsvertretern die Vertreter der Arbeiterorganisationen aller Länder entscheidend herangezogen werden sollen.

Mit freudiger Hoch haben die Vertreter der kapitalistischen Länder diesen Vorschlag abgelehnt. Die Sozialdemokraten aller Länder unterstützten dabei die imperialistischen Regierungen, Vertreter aller Länder. Allerdings, die kapitalistischen Regierungen und die sozialdemokratischen Parteileitungen können es nicht wagen, die Abrüstungsfrage der Kontrolle der Arbeiterklasse zu überlassen. Alle imperialistischen Länder rufen gewaltig zu Waffen, zu Lande und für den Luftkrieg. Ihr Friedensgedächtnis ist eitel Lug und Heuchelei, ist bewährter Betrug der Völker.

Das Volksbegehren richtet sich gegen die Aufrüstung des neudeutschen Imperialismus.

Es ist ganz zweifellos, daß die deutschen imperialistischen Krei-

Genosse Max Weidner verstorben

Wieder hat der Tod eine empfindliche Lücke in unsere Reihen gerissen. An den Folgen einer schweren Operation verstarb in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im Friedrichshäger Krankenhaus unser treuer Genosse und Kamerad Max Weidner.

Genosse Max Weidner ist in der Dresdner und ost- sächsischen Arbeiterklasse als ein allseitig tätiger Genosse und Kämpfer für die Befreiungsbewegung des Proletariats bekannt. Er kam nach der Spaltung der USF in Halle zur KPD. Schon in der USF wirkte er ständig für ein Zusammenarbeiten mit den revolutionären Kämpfern des Spartakusbundes. Während des Kapp-Zuglages stand er mit an der Spitze derer, die den ernstesten und entschlossensten Kampf gegen die Kappbanditen führten.

Bei dem Kampf um die Verhöhnung der USF mit der KPD warb und wirkte Genosse Weidner für den Anschluß der USF an die K. Internationale. Er trat dann auch nach Halle zur KPD über. Seitdem gehörte seine ganze Kraft und sein ganzes Wirken dem revolutionären Proletariat. In der KPD befreitete Genosse Weidner die verschiedensten Funktionen. An der Organisation des Stadttells Striesen hatte er den regsten Anteil. Von 1920 bis 1924 gehörte er der Bezirksleitung des Bezirks Ostachsen an.

1924 legte er seine ganze Kraft ein zur Unterstützung des mitteldeutschen Aufstandes. Seinem Charakter entsprechend, immer in vorderster Front zu stehen, stand er 1923 mit an der Spitze der Hunderttausendbewegung. Für die Organisation der Kampforganisation erwartete er sich große Verdienste.

Ohne Ermüdung zu kennen, widmete Genosse Weidner Tag und Nacht seine Arbeitskraft der Bewegung. Ganz selbstverständlich war es für ihn, daß er während der Zeit der Illegalität

und des Parteiverbots alle seine Kraft und Zeit einsetzte, um trotz aller Verfolgungen die Bewegung aufrechtzuerhalten.

Seiner Kampfeinstellung entsprechend, trat er bald nach der Gründung auch in den Roten Frontkämpferbund ein, dessen Stellvertreter er in Striesen und Mitglied der Gewerkschaft bis zu seinem sehr plötzlich erfolgten Tode war. Für die Partei arbeitete er bis zuletzt unermüdet in Kellereien und besonders in der Gewerkschaftsabteilung. In leitender Tätigkeit arbeitete er für die Partei in der Opposition des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes. Hier lag neben seiner Arbeit bei den Roten Frontkämpfern in der letzten Zeit das Hauptgebiet seiner Tätigkeit. Auf allen Tagungen, bei allen Versammlungen und Sitzungen des Verbandes vertrat er die Linke und die Interessen der Opposition. Auch in der Bewegung der Betriebsräte stellte Genosse Weidner ständig einen Mann, seit 1920 war er im Betriebsrat des städtischen Elektrizitätswerkes, dessen Vorsitzender er seit dieser Zeit war. Auch in den Reihen der Kämpfer für den Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau stand er in vorderster Front. Er war Vorsitzender des Volksentscheidkomitees im Stadtteil Dresden 1.

Die ostsächsische Bewegung verlor in dem Genossen Weidner einen der tüchtigsten und tätigsten Genossen, der bis zuletzt seine Pflicht erfüllte. Der Tod überraschte ihn fast mitten in der Arbeit. Am Freitagmorgen, in der Arbeit brach Genosse Weidner plötzlich zusammen. Er wurde in das Krankenhaus geschafft, wo ihn dann der Tod ertöte.

Wieder stehen wir an der Bahre eines treuen, unermüdeten Kämpfers. Wir werden sein Andenken am besten ehren, wenn wir durch intensiven Arbeit die Lücke ausfüllen, die sein Tod in unsere Reihen gerissen.

Panzerkreuzer und soziale Reaktion

Von Martha Trendelenburg

Panzerkreuzer statt Kinderpeisung. Mit brutaaler Deutlichkeit hat die Sozialdemokratie ihr soziales Mäntelchen abgelegt, mit dem sie in den Wahlkampf zog. Offen bekennend ist sie für Aufrüstung, gegen soziale Ausgaben. Alle die Empörung der Massen hat der sozialdemokratische Innenminister Coopering nur ein verächtliches „S“ (soh schön) (1). Die Minister wollen nicht nur Monate, sondern die ganze Legislaturperiode hindurch regieren. Und sie streben erst am Anfang Das Traktatkapital verlangt konsequente Fortführung der Politik des Abbaus der sozialen Lasten bei gleichzeitiger Steigerung der Rüstungen zur Durchsetzung seiner imperialistischen Ziele. Deshalb wurde in der gleichen Kabinetsitzung, in der der Bau des Panzerkreuzers A beschlossen wurde, die Ausdehnung der Unterhaltungsbaue in der Reichsflotte abgelehnt, deshalb verhinderte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Abstimmung des kommunalistischen Antrages, die für den Panzerkreuzer angeforderte Summe für Kinderpeisungen zu verwenden.

Wir Kommunisten wissen, daß der kapitalistische Staat nur so viel für soziale Aufgaben ausgibt, als notwendig ist, die Massen ruhig zu halten, um zu verhindern, daß sie rebellieren. Werden der Sozialdemokratie die Regierungsgeschäfte überlassen, bezogen diese die Betätigung der Massen, so kann am Sozialistat erst recht gelpart werden.

Schon zu Zeiten des Bürgerkriegs hat die Sozialdemokratie sich reichlich bemüht, dem Befähigungsnachweis für ihre Regierungsstätigkeit zu erbringen. Wir erinnern die Erwerbslosen daran, daß es nur mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich war, das Arbeitslosenversicherungsgesetz durchzuführen, das der Arbeiterklasse die gesamten Kosten aufbürdet, Hunderttausende von Erwerbslosen aber trotz ihrer Beitragszahlung ohne Unterstützung läßt. Im Reichsetat für 1926 konnten dafür 450 Millionen Mark erpariert werden, übrig blieben nur noch die Reichsausfälle zur Reichsflotte. Als die kommunalistische Reichstagsfraktion aber verlangte, statt 100 Millionen 300 Millionen Mark für die Reichsflotte zu bewilligen, stimmte die sozialdemokratische Fraktion gemeinsam mit dem Bürgerblock dagegen. Jetzt bewilligen sie den Bau des Panzerkreuzers, für die Reichsflotte ist aber angeblich kein Geld da. Auch die zweite Verordnung, die unter dem Druck der empörten Massen dem ersten Beschluß abändern sollte, ändert daran nichts. Es bleibt den Arbeitslosen überlassen, wie lange Kriegsunterstützung gesucht wird.

Die Forderungen der Kriegsopter, ihre Renten minderns um den Friedensstand zu bringen, und die 750.000 zehn- und zwanzigprozentig Beschädigten wieder in die Verlorung aufzunehmen, wurden nur von den Kommunisten vertreten. Alle anderen Parteien, einschließlich Sozialdemokraten, lehnten sie ab. Auch für die alten Forderungen, Heilbehandlung der Hinterbliebenen, ist kein Geld vorhanden. Den lebenden Opfern des Weltkrieges verweigert die Regierung ihre Ansprüche, rüßt aber zu neuen Kriegen mit neuen Opfern.

Die Arbeitslosen wurden im Bürgerblock-Notprogramm mit Pflanzhöfen ihrer Renten abgeholfen. Die Knappheitsmaßnahmen gingen völlig leer aus. Die Forderung der Kommunisten, den Reichsausfall für Invaliden und Witwenrenten von 6 auf 28 Mark im Monat und der Rentenrenten von 8 auf 18 Mark im Monat zu erhöhen, wurde abgelehnt. Oben die Erhöhung des Grundbetrages von 14 auf 24 Mark. Die Sozialdemokratie stimmte dem Bürgerblockfalsch zu und lehnte die kommunalistischen Anträge ab. Dabei sind dauernd die Forderungen erfüllt worden, so daß jetzt bereits wieder ein Vermögen von 14 Milliarden am Ende des Jahres vorhanden sein wird.

Arbeitslosen! Denkt daran, wie vor dem Weltkriege die Arbeitergroßen aufgeschreckt wurden, um dann mit dem Zweimilliardenvermögen der Invalidenversicherung mitsubelfen, den Weltkrieg zu finanzieren. Das gleiche wiederholt sich jetzt. In der Regierungserklärung des sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Müller heißt es, daß ein Abbau der Leistungen nicht geplant sei. Die Regierung denkt also nicht an eine Erhöhung der Renten und nicht an die Herabsetzung der Altersrente, um den Arbeitern, die heute in den Betrieben nicht mehr unterkommen können, wenigstens die geringe Rente zu sichern, trotz der Millionenüberschüsse. Sie benutzt nicht nur die Steuergrößen für den Bau des Panzerkreuzers und anderer Kriegsrüstungen, sie verschafft sich auch aus den Beiträgen zur Sozialversicherung neue Kriegsgelder.

Die Invaliden, die ein Blindenrentengesetz fordern, um nicht auf Wohlstaten angewiesen zu sein, haben bisher überhaupt noch keine Antwort erhalten.

Die Empörung der Kleinrentner über das lächerliche Verhalten der Reichsparteien bei der Aufwertung und gegenüber ihrer Forderung nach einem Kleinrentnererlösgesetz wurden von der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Stimmengang ausgenutzt. Die jetzige Panzerkreuzer-Realisierung hat zu erkennen gegeben, daß auch sie nicht an ein Kleinrentnererlösgesetz denkt.

Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausreichende Hilfen. Die Mutterchaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. So heißt es im Artikel 119 der Weimarer Verfassung. Ein Sohn gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen. Rund eine Million wohnungslose Familien wurden 1927 amtlich gezählt. Das Reich aber stellt keine Mittel zum Wohnungsbau zur Verfügung. 5 Millionen für Kinderpeisung wurden gestrichen, Hunderttausenden Kindern damit oft die einzige warme Mahlzeit genommen. Das Land der schwangeren Mütter, die zur Robtrarbeit gezwungen sind, schreit zum Himmel. Gemeindefürsorge

räte und Millionenfürer haben auf der Englemtagung in Dresden ein erschütterndes Bild von den Qualen der Mütter aufgezeigt, die bis zuletzt an der Maschine oder am Fließband stehen, weil das Krankengeld, das nur die Hälfte des Lohnes ausmacht, nicht zum Leben reicht. 30 Millionen Mark stellt das Reich nur als Zuschuß für die Familienhilfe der Krankenfürer zur Verfügung. Die kommunalistischen Anträge in jedem Entwurf, die Summe auf 150 Millionen Mark zu erhöhen, und allen erwerbsfähigen Müttern durch Reichszuschüsse die Möglichkeit zu geben, die Arbeit acht Wochen vor der Entbindung aufzugeben, wurde abgelehnt. Auch von den Sozialdemokraten.

Für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat das Reich nur 200.000 Mark übrig. Für Bekämpfung der Geschlechtskrank-

heiten und Bekämpfung der Tuberkulose überhaupt nichts. Für das Reichsgesundheitsamt sind insgesamt nur 1,7 Millionen Mark im Etat vorgesehen, für Reichswehrkörper allein dagegen 26 Millionen Mark.

Der Staat, der hundert Millionen für neue Kriegsrüstungen ausgibt, hat eben nichts übrig für soziale Aufgaben. Der Bau des Panzerkreuzers „A“ und die darauffolgende bedeutet, daß die herrschende Klasse noch rücksichtsloser wie bisher den Abbau der sozialen Lasten weitertreiben wird. An einem Ausbau ist nicht mehr zu denken. Die Sozialdemokratie hat es gewagt, die Arbeiterklasse aufzurufen, nicht für das Volksbegehren einzutreten, sich also kampflös zu unterwerfen. Um so mehr gilt es, alle Kräfte zu mobilisieren. Die ihre Rechte fordernden Kriegsopter, Erwerbslosen, Sozialrentner, Invaliden, Kleinrentner, Wohnungslosen, die Millionen Mütter, die nicht wissen, wie sie den Hunger ihrer Kinder stillen sollen, sie alle müssen sich vereinen zum Volksbegehren, als Protest gegen den Panzerkreuzerbau, gegen Kriegsrüstungen, gegen die soziale Reaktion.

Hermann Müller präsentiert die Rechnung:

15000 Leiden geistert, wir bitten um weitere geistliche Unterstützung

Der Reichstagspräsident Hermann Müller hielt am 4. Oktober auf dem Bankett des Vereins Deutscher Zeitungsverleger eine politische Ansprache. Verein Deutscher Zeitungsverleger, das bedeutet Eugen Diederichs, Müller und die anderen Verleger. Unter allen Formen des Profitmachens ist der kapitalistische Zeitungsbetrieb mit der schmutzigen und gefährlichen Methode, die durch die Verarmung der Bevölkerung, durch die organisierte politische Prostitution zur Festigung der Ausbeuterherrschaft in höchsten Maße bedingt. Vor dieser erlenen Gesellschaft sprach der sozialdemokratische Reichstagspräsident Müller. Er verherrlichte die Leistungen der kapitalistischen Presse, die insbesondere darin besteht, daß sie die Kriegsgefahr verharmlicht und einen neuen Hurrapatriotismus erzeugt der schlimmer ist als jener vor dem 4. August 1914.

Über Müller beschämt sich nicht nur die Verherrlichung der kapitalistischen Presse, er empfiehlt sich auch als sozialdemokratischer Reichstagspräsident den Zeitungsverlegern die einseitige Schlicht der gesamten deutschen Bourgeoisie bedeuten. Arbeitermord ist des Müllers Wahl. Es gibt wohl unter den unzähligen lächerlichen Heulerinnen der sozialdemokratischen Führer über die proletarische Revolution in Deutschland kaum eine, die an Nebenbetrachtungen folgender Art der Rede Müllers überlegen würde:

„Wenn ich heute die Ehre habe, in diesem Kreise zu reden, so möchte ich am Schluß auf eine andere Erinnerung aufmerksam machen, die mit der Aufrichtung weit verbunden. In diesem Vierteljahr wird sich in Berlin zum zehnten Male die Woche jähren, in der es zweifellos erschien, ob die Regierung über Schiedsmann sich gegen den spartanischen Kulturm halten könnte. Sie wissen, daß bei diesen Umständen das Berliner Zeitungswesen in Mitleidenhaft gezogen wurde. Man möchte auf einmal die Erlaubnis, daß Rotationspapier sehr auf zu verfrachten verwendet werden könnte. Es war die Woche, wo in der Schützen, Zimmer, und Lindenstraße am meisten geschossen worden ist. Ich war damals als Mitglied des Volksrates hervorragend an den sogenannten Kompromißverhandlungen beteiligt.“

(Zitiert nach dem Vorwärts vom 5. Oktober 1926.)

Diese Rede Müllers zeigt allem deutlich, daß der sozialdemokratische Reichstagspräsident hier nicht nur alte Erinnerungen aufkurbelt, sondern die Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten ausdrückt auch eine kommende proletarische Revolution in Deutschland zum Nutzen der kapitalistischen Presse und des Gesamtkapitals mit Hilfe der Reichswehr und der sozialistischen und sozialistischen Garde im Blut zu erlösen.

Wollt ihr wissen was die geplante Große Koalition bedeutet? Müllers Rede; das ist Koalitionspolitik, das ist der Auftakt zur Großen Koalition.

Und Dr. Joachim sprach...

(Arbeiterkorrespondenz)

In der außerordentlichen Generalversammlung der Dresdener Fackler sprach am vergangenen Mittwoch der Referent Dr. Joachim (Reichsarbeitsministerium) über: „Das Arbeitsrecht in der Sowjetunion“. Dem Träumen der Opposition, einen Aufstand der Arbeiter zu leisten, was die Verbandsleitung nicht nachkommen. Sie glaubte dieser Forderung Rechnung zu tragen, indem sie sich den oben genannten Dr. Joachim verließ. Träumen braucht es die Opposition nicht zu beharren, denn die Ausführungen des Referenten, dessen Bemerkungen jedoch zu berichten anerkannt werden sollen, waren doch alles andere, als was man sich wohl meistens des Vorlesens einredet hätte. Dr. Joachim wies einleitend darauf hin, daß er, der russischen Sprache mächtig, einen objektiven Bericht zu geben in der Lage sei. Man solle sich deshalb nicht wundern, wenn er in seinem Bericht manches anders darstelle, als wie es in den Zeitungen zu lesen ist. Vor allem müsse er sich dagegen wachen, daß gewisse Tagesblätter (siehe Dresdener Volksstimme) in falscher Weise über das Eindringen des Auslandskapitals und Wiederaufbau des Kapitalismus verhandelten. Es liege dies nicht wahr. Die Schlüsselindustrie liege vollkommen in den Händen des Staates.

Ueber die russische Gewerkschaftsbewegung ließ er sich in etwa folgender Weise aus. Russia sei zu behaupten die russischen Gewerkschaften seien in ihrem Aufbaubereich behindert. Er habe im Gegenteil feststellen können, daß die Tätigkeit der russischen Gewerkschaften in der Tat sehr lebhaft sei. Vor allem habe er feststellen können, daß in den Tarifverträgen vielfach Forderungen der russischen Arbeiterklasse als Grundprinzip übernommen seien. Nur ein einziges Gelehe liege der russischen Arbeiterklasse zur Verfügung, das sei die Jubiläumsgeldzahlung. Dieses Gelehe sei infolge seiner Arbeit auch in arbeitsrechtlicher Beziehung vollständig ausnehmend. Besondere sei zu beachten, daß die Sowjetregierung keine Tarifverträge zuläßt, die die gewerkschaftliche Rechte der Verfassung missachten.

Wit wem schliessen die Gewerkschaften Tarifverträge ab?

Vor allem kommen da die Betriebe der öffentlichen Hand in Frage. Die Gewerkschaften schließen beiderseitig ab. Die Privatbetriebe können nur betriebsweise abschließen, eine Kartellierung der Privatindustrie, wie in Deutschland ist in der Sowjetunion verboten. Richtig sind die abgeschlossenen Tarifverträge der Gewerkschaften auch verbindlich für Privatunternehmer.

Das Betriebsrätegesetz lehne sich an das deutsche an. Neuwahlen finden alljährlich statt.

In seinen weiteren Ausführungen betonte er, daß man immer bedenken müsse, daß die Gewerkschaften der Sowjetunion vor große Aufgaben stehen, und je weiter man sich von den Zentren entfernt, man auch noch auf die erste des Privatkapitalismus zu stoße. So im Konsumgenossenschaftswesen. Während man in den industriearbeitenden Konsumgenossenschaften als einzige Träger des Handels antritt, sei nach auf dem Lande neben den Konsumgenossenschaften auch der Händler anzureifen, es sei somit dies auch ein Zeichen, daß der Sozialismus noch nicht reiflich durchgeführt sei (eine Tatsache die wir als Kommunisten noch nie bestritten haben). Doch müsse er offen stehen, daß die Sowjetunion, an den Verhältnissen der Jetztzeit gemessen ungeheure Fortschritte und Erfolge erzielt habe. Dies sei vor allem auf die fast reifliche Organisation der Industriebeschäftigten in den Gewerkschaften und den Rätebau in der Einheit zurückzuführen.

Die eingehende Diskussion ergab noch interessante Ergänzungen. Der Genosse Philipp kritisierte die Sachlichkeit heraus und ergänzte durch Beispiele noch einige wichtige Angelegenheiten.

Eingehend befaßte sich Genosse Wälsch mit den Ausführungen des Referenten. Zunächst darauf wachend, daß der Referent ausgeführt hatte, daß man beilebe, die russischen Gewerkschaften als unter Diktat lebend zu bezeichnen, hob er hervor, daß die Ausführungen gerade das Gegenteil bewiesen haben, und stellte die Forderung der Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit. Eine andere Tatsache sei, daß Gewerkschaft und Arbeiterchaft, sowie Regierung an der Verbesserung der Lebensbedingungen arbeiten. Zweifellos seien an dem heutigen Abend so manchem Feind der Sowjetunion die Augen geöffnet, so manches Übergewicht sei zerfallen worden. Wo könne man, außer der Sowjetunion, nachweisen, daß die Arbeiterchaft durch die Regierung geschützt ist? Nirgends sei in der Welt ein Staat, welcher in Parallele mit dem einzigen

Arbeiterstaat gestellt werden könnte. Während der Referent betont hat, daß die Wähler in der Krise vollständig in Händen der Sozialdemokratie des Staates sind und die russischen Arbeiter dort Erlösung finden könne man in Deutschland nicht davon reden, daß der Arbeiter Gelegenheit hat in den Wahlen sich zu erheben, hier sei eben der Unterschied; die Macht in Rußland liegt in den Händen der Arbeiter! Daraus erwache für die Arbeiterchaft der Welt die Pflicht, den Arbeiterstaat Sowjetrußland zu stärken und mächtige Freunde der russischen Arbeiterchaft zu werden.

In der Diskussion trat der ehemalige Gewerkschaftsreferent auf. Er verurteilte die Lohnfrage noch anzuschneiden, erklärte weiter, daß nach seiner Ansicht die Zusammenlegung der Parteien „unbedenklich“ sei. An den Ausführungen wollte er trotzdem herausgefunden haben, Rußland sei zum Auslandskapital beherrsch.

Im Schlußwort stellte Regierungsrat Joachim fest, daß die Diskussion ihm imponiert hätte. Vor allem mühte er bekräftigen, daß geradezu Erstaunliches geleistet worden sei in Fragen der Arbeiterchaft. Zweifellos sei die Wohnungssituation, daß die Clubs in einer solchen Stärke befaßt seien. Daraus sei aber der Sowjetrußland kein Vorwurf zu machen. Er wünschte nur, die deutsche Arbeiterchaft würde auch dazu kommen. Das Gewerkschaftsleben sei vorzüglich. Die alljährlich zu wählenden Betriebsräte sind voll der Arbeiterchaft verantwortlich. Die Lohnhöhe für den russischen Arbeiter sei niedriger als in Deutschland, doch an den zaristischen Löhnen gemessen, bedeutet sie einen großen Fortschritt. Die Kommunisten können nur bis zu einem bestimmten Grad verbieten, ein Darüber gibt es nicht. Der rote Direktor ist voll verantwortlich und schwere Strafen können ihnen im Beden, wenn er sich gegen die Gelehe verpicht.

Nachdem die Sanatorien nicht im modernen Zustand, aber die Sowjetregierung sei an dem Ausbau stark beschäftigt. Er könne nur bekräftigen, daß es notwendig geht. Man solle aber Deutschland nicht vergessen, mit der vorzüglichen Sozialversicherung habe es Rußland leichter gehabt, denn dort sei man eben Felder von Grund und Boden (das einzige Mal, wo er die Tatsache nicht sagte). Sein Aufenthalt in der Sowjetunion habe ihn überzeugt, daß der Sozialismus zwar noch nicht durchgeführt sei, daß man aber daran ist, ihn aufzubauen. Die Träger der Sowjetunion hätten ihm gegenüber betont, daß sie nicht müde werden, daß nach dieses verbessert werden muß und daß nach einem gewissen Wohlstand der Sowjetindustrie auch die Arbeiterchaft einen größeren Gewinn in Gehalt von Lohn und Lebensbedingungen erhalten soll und muß. (Weiter sprach der Referent den Vergleich mit Deutschland zu ziehen. Damit hätte er der Gewerkschaftspolitik einen schmerzlichen Schlag versetzt. Befremdlich ist der Behauptung in Deutschland geordnet erworben.) Er schloß in dem Sinne; die Sowjetrußland seien viel zu sein, als daß sie das geistliche Ziel nicht erreichen würden.

Statt Kinderspeisungen Panzerkreuzer!



Wart und sammelt für das Volksbegehren.



Jugend agitiert für Volksbegehren



Den Feinden zum Trotz, wir marschieren

Kommun. Eigenartige Dinge spielen sich in letzter Zeit in unserem Orte ab. Nicht, wo das Volksheim in seiner würdigen Größe schon von weither zu erblicken ist, nicht auch unsere bürgerliche Gesellschaft, doch hier eine Gasmacht marschieren, von der sie in kurzer Zeit völlig an die Wand gedrückt sein wird. Daher erfüllt erkeint sie das und geht nun in einen Abwehrkampf über, der jeden zum Lachen reizt. Einzelheiten über die angewendeten, erdärmlichen Methoden wie z. B. Karik. Kreidier, altschöne Wäuschen und Säpplchen als Vordruck, anonyme Schmähdreie über leitende Personen beim Bau usw. zu geben, unterlassen wir. Das ist uns zu schmutzig, und es sind altbekannte Weisen reaktionärer Moral. Jedoch interessiert uns, wann der Deutsche Turnverein mit dem weitbekannteren hiesigen Gastwirt das glänzende Geschäft abgeschlossen hat und unter welchen Bedingungen. Steht doch im Bericht der Kadeberger Zeitung über das Gelingen der Deutschen Turner, daß die „große Schaar“, die sich in letzter Zeit angesammelt, nunmehr „für billiges Geld die schönsten Abendessen kauft“ und „das im letzten Jahre alles so recht zusammen des Deutschen Turnvereins gemeldet hat“. Klingt das nicht wie Schammasch? Wer die Verhältnisse (soeben) kennt, lächelt über solches Geschwätz den Kopf und fragt sich, wie groß der Verein überhaupt sein kann, wenn er durch den Eintritt von drei Neuzugang zu einer großen Schaar wird. Und wo ihm die Gasse noch hold war, außer dem Zugang von drei Turnern. Wogegen ich meine, daß die Ansprüche einiger Landwirte: daß ihre Landmännchen besser fahren würden, wenn sie sich um ihren Betrieb kümmern, anstatt beim Regelschub, Gefangensproben und dergl. mehr Saufgelage und Heffessen abzuhalten. Na, diesen „Vergünstigungen“, denen ich sich jeder Arbeiter gewiß werden bald die üblichen „Transplantierungen“ folgen. Herr Viehlich verleiht schon, das Geld zu fahnen. Die Arbeiterkassette von Komm. läßt über diese Werbemannen, nichts tun, ihr das nötige Bewußtsein nehmen, daß die Gemeindefürsorge der hiesigen Verhältnisse bereits großes für die Abgemindert gehalten hat und noch wachsen wird. In kurzer Zeit wird sie wieder mit dem gegenwärtigen Pau bewiesen, wie einst sie es mit ihren Wäuschen und mit Solidarität innerhalb des Proletariats große Werke errichten ließ.

Drei Hausbesitzer oder gar keiner

Königslein. In Königslein ist bekanntlich sehr vieles möglich, was anderswo unmöglich ist. Am Vorkriegsabend ist ein Grundstück Nr. 97, dessen Eigentümer selbst den Mietern nicht bekannt ist. Zum Käuflichen der Mietschuld hat sich bald wieder, bald immer ein mit dem Bemerkten, daß er „Kassette“ sei. Jeden aber streicht die Stadt die Mietschuld ein. Schon seit August ist die Landbesitzerin gestürzt. Niemand denkt daran, dieselbe zu räumen. Bei Besichtigung der Stadt wurde den Mietern erklärt: „Ja, wir wollen hoch nicht, an man mit uns wohnen lassen.“ Ein andermal erklärte man, daß man eine Kassette neben den Mietern hat. Einmal wunschmal war schon die Kassette da zur Bekämpfung, den Mietern wurde erklärt, es seien schon vier Angelegenheiten gegen den Mietschuld gemacht worden, die Straße belauert hat jetzt auf 200 Mark. Trotzdem bleibt alles beim alten, die Landbesitzerin nun bereits im Hause nur und wird bald die Straße erreichen. Doch das spielt alles keine Rolle. Es wohnen ja nur Proleten in diesem Viertel. Wir fragen an, was die Stadt zu tun gedenkt, ob durch Verhinderung von Angelegenheiten sich die Straße entleert, und ob es nicht besser wäre, wenn man keinen der Stadt auf Kosten des Mietschuld die Straße geräumt würde? Wir fordern sofortige Wendeung. Soll durch eine partielle Schmelze die ganze Stadt verunreinigt werden?

Königslein. Der sozialistische Aufbau des Arbeiter-Sport- und Kulturvereins von Königslein u. Umge. ist am Sonntag dem 20. September vollendet worden. Die verschiedenen Arbeiter-Sportvereine hatten ihrer Mitgliedschaft entsprechend Delegierte geschickt. Genosse Schreiber vom Bundesvorsitzende, welcher auf Wunsch der noch zugehenden Verammlung einen Vorschlag über die Aufgaben eines Komitees, sowie Landesvorsitzende hielt, fand großen Anklang, und seine Worte werden allen zum Vorbild ein Vorbild sein, dieselben in ihr Tat umzusetzen. Von der Roten Arbeiterkassette sind alle Delegierten überzeugt. Nur haben verschiedene Organisationen noch Bedenken in finanzieller Hinsicht wegen Rückzug an das Bundesamt. Man steht darum vorläufig vom Rückzug ab und wartet, wenn man alle Bedenken in den Gruppen beseitigt hat, wieder darauf zurückzukommen. Die Wahlen zum Vorstand waren bald vollzogen. Hoffen wir, daß der Geist und auch die Worte, welche in dieser Verammlung gesprochen wurden, zur Tat werden. Heißt alle, ihr Sports-, Gemischts- und Vortragsgenossen von Königslein u. Umge., an dem Auf- und Ausbau unseres Arbeiter-Sport- und Kulturvereins mit!

Heidenau. Wir verweisen die Einwohner von Heidenau hiermit nochmals auf das Auftreten der roten Katzen am Dienstag, dem 9. Oktober, 1920 Uhr, im Schützenhaus, Einzug 19.30 Uhr, Eintritt 20 H. Das Referat über Konzeptionsvollständigung hält Reichstagsabgeordneter Hans Gröb, Berlin.

Struppen. Die Ortsgruppe des RFB veranstaltet am 13. Oktober einen Konzert- und Theaterabend im Gasthof Albershöhe. Struppen. Der Arbeiterklub von Struppen und Umgegend ist hiermit eingeladen, auch einmal ein Schmalzchen-Feiern zu feiern. Es sollte niemand veräumen die Ortsgruppe veranstaltung zu besuchen. Gleichzeitige feiern die Ortsgruppe Struppen ihr weißes Fest. Die Frauen von Birna und Albershöhe werden am selben Abend für eine Gruppe des roten Frauen- und Mädchenbundes werden. Nach dem Theater findet Tanz und eine Warenverlosung statt.

Eine wackerbediente Wäucher...

Thumebori. Am hiesigen Gemeindepalast lag ein Gesuch der berüchtigten Seite der „Schwächern“ aus Rathen vor zwecks Ueberlassung eines Schulzimmers an einem Wochentag für 4 Stunden. Und vernünftigerweise fand das Gesuch ein in mige Ablehnung! Dieser Reichlich sollte allen Gemeindevorstern in den Arbeiterwohnungsgruppen zum Beispiel dienen und zu verhindern, daß die Ausbreitung der „Schwarzen Fleck“ weitere Fortschritte macht. Bezeichnend für die hiesige Sippe ist, daß neuerdings die Anstellung eines Sekretärs für das Land erfolgte, infolge der wachsenden Bewegung. Dies muß für jeden Arbeiter Anlaß sein, mit allen Mitteln gegen diese Sippe zu kämpfen und dort, wo sie sich zeigt, die entsprechende Wäucher zu geben. Der Betrieb der Sommer-Kraftpostlinie Rauenstein (Sachsen) - Königslein wurde mit Ablauf des 7. Oktober eingestellt. Kraftpost. Vom 9. Oktober an wird die Kraftpostlinie Rauenstein - Königslein - Kadeberg in Betrieb genommen.

Esperantofortus

Jittau. Die Arbeiter-Esperanto-Gruppe Nova Tempo veranstaltete am Dienstag, dem 2. Oktober, anlässlich des Beginns eines neuen Lehrkursus eine interessante Ausstellung im Schwarzen Adler, Jittau. Neben größeren Werken in Esperanto wurden auch Zeitungen aus verschiedenen Ländern gezeigt. Städteführer konnte man ebenfalls aus den entlegensten Ländern in Esperanto lesen. Nach der Begrüßung durch den Gen. Kühle hielt Gen. Spitzer aus Reigersdorf ein Referat über die Weltisprachsbewegung im allgemeinen und die Esperanto-Bewegung im besonderen. Ferner schilderte er in kurzen Zügen das Leben des Begründers der Weltisprache Esperanto, Dr. J. A. S. Pei. Zum Schluß erzählt er noch einige interessante Erlebnisse vom Weltkongress in Göttingen. In der freien Aussprache wurde ganz richtig hervorgehoben, daß Esperanto in den Schulen gelehrt werden muß, und zwar ganz besonders in den Volksschulen. Gen. Sauer Dr. Lindt schilderte dann auch, wie in einer Reihe von Städten Esperanto in den Schulen, zum Teil als Wahlfach und zum Teil als Pflichtfach, eingeführt worden ist. In Dr. Lindts Rede waren seit einigen Jahren Esperanto in den letzten 2 Schulfahren als Pflichtfach neben dem deutschen Unterricht gelehrt. Der dortige Lehrer, Herr Wenzel, hat festgestellt, daß die Kinder durch den Esperanto-Unterricht den Gehör und die Grammatik der deutschen Sprache viel leichter lernen. Genosse Dr. Lindt hat auch hier in Jittau einige Lehrer in Esperanto ausgebildet, so daß es an Lehrkräften nicht fehlt. Die Eltern müssen nur verlangen, daß ihre Kinder in Esperanto ausgebildet werden. Dazu wird sich an alterntäglich Zeit bei einem Vortrag vor dem gesamten Elternrat in der Volksschule Gelegenheit bieten. 35 Anmeldungen erfolgten nach der Aussprache für den neuen Anfängerkursus, der vom



Das soll den Hunger stillen! Wert und sammelt für das Volksbegehren.

Die Genossen Merdik und Grahl aus dem AuzB ausgeschlossen

Die besten Funktionäre fliegen aus dem Hund!
Die Reformisten flüchten vor keiner Schandtat zurück, um den Hund von revolutionären Arbeitern zu säubern und ihn koalitionsfähig mit den konterrevolutionären bürgerlichen Sportvereinen und dem kapitalistischen Staatsapparat zu machen. Der angebotene Ausschluß der Sportabteilungsmitglieder wird nunmehr beschlossen. Zwei unserer besten sozialistischen Sportfunktionäre, die Genossen Grahl und Merdik, haben ihren Ausschluß mitteilt erhalten. Welches Beispiel dieser Vorgang hat, wird in einem weiteren Artikel aufgeführt werden. Heute bringen wir ein gemeinsames Schreiben der Genossen Merdik und Grahl zum Abdruck, dessen Beurteilung wir jedem einzelnen Arbeiterkollektive selbst überlassen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Werte Genossen!

Juridischgeht von der Spartakade in Wostau hielt es der Vereinsvorstand der freien Turner Schachwitz für seine „Mißgriff“ unseren Ausschluß aus dem Verein zu beschleunigen. In der Tat sind wir in der Arbeiter-Sportbewegung tätig gewesen und wenn es gilt, im Wettkampf oder Spiel den Verein zu vertreten, waren wir zur Stelle. Seit Jahren im Langstreckenlauf der Wette im 10. Bezirk, bei dem einer von uns es sich nicht nehmen, während der Spartakade mit Genossen aus aller Welt 5000, 8000 und 10000 Meter mitzumachen. Welch ein herrliches und freies Treiben war es, als er im 8-Kilometer-Geländelauf bei einer Beteiligung von 108 Mann als 3. und aber als erster „Ausländer“ das Ziel passierte. Und ganz „fremde“ Menschen umringeln uns und beglückwünschten uns zu dem Erfolg. Dort lernten wir den echten Geist des Sozialismus kennen. Ob jung ob alt, ob Arbeiter oder Beamter und Häher, alles begrüßt sich mit Toleranz (Genosse). — Genossen!

Was für ein Verbrechen haben wir begangen? Sind wir freie Sportler nur noch Sklaven des SPD-Vorstandes und müssen wir uns billigen lassen, Ruhland zu lassen, obgleich Ruhland der erste Arbeiterklub der Welt ist, der die Grundlagen des Sozialismus aufbaut und deshalb von bürgerlichen und sozialdemokratischen Spitzhelfern als das Land der „Räuber und Mörder“ verurteilt wird? Warum sollten wir Sportler nicht zur Spartakade gehen? — Welt wie jetzt kommen als Werber für die Einheit der Arbeiterkollektive der ganzen Welt!

Genossen! Wir rufen euch zu: Arbeitet und kämpft mit dabei, daß wir wieder aufgenommen werden in eure Reihen. Wir stellen uns jederzeit zur Verfügung, wenn ihr Wiederherstellung wünscht und können an Hand von Lichtbildern unsere Erlebnisse schildern. Schwört auf mehr werden wir euch alles zeigen und dann sollt ihr entscheiden, wer den Interessen der Arbeiter-Sportbewegung dient. Wir, die wir für die Einheit aller Arbeiterkollektive auf revolutionärer Grundlage werden oder die, die unseren Ausschluß gefordert und durchgeführt haben.
Hr. Kurt Grahl, Hr. Alfred Merdik, Arbeiterkollektive, jetzt habt ihr das Wort!

Neuer Ausschluß im AuzB

Das langjährige Mitglied des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes, der Turngenosse Wünsch in Goldberg b. Leipzig, erhielt vom Bundesvorstand folgendes Schreiben:
„Herrn Wünsch, Goldberg
Der Bundesvorstand beschloß in seiner Sitzung vom 18. September 1920, daß alle Bundesmitglieder, die an der

Dienstag, dem 9. Oktober, im Schwarzen Adler um 20 Uhr 8 beginnt. Dort werden noch weitere Anmeldungen entgegen genommen.

Warum Volksbegehren?

Obersdorf. Gatten wir doch während der Wahl des Reichstages allerhand gute Versprechungen bekommen, nämlich daß die Pläne der Realität, Panzertreuer zu bauen, zunächst gemacht werden sollten und alles für die „Auche“ bestimmte Geld für wohltätige Zwecke, wie den Erwerbslosen und allen Hilfsbedürftigen zugutekommen soll. Sieht man sich aber die Tätigkeit der neuen Regierung an, so ist es direkt ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die in der Wahl solchen Versprechen nachgelaufen sind. Auch die Einwohnerzahl von Obersdorf muß sich energig dagegen wehren, daß man 80 Millionen für Kriegskriegsgeld ausgeben, wo nicht nur bei uns im Ort das Geld in trauerlicher Form vorhanden ist. Noch fehlt es an Mitteln, um das Wohnungsgeld energig zu belämpfen; hier hätte man geglaubt, daß die Wahlversprechungen der Regierungsparteien durchgeführt würden und daß die Gemeindefürsorge für den Panzertreuer bestimmt Geld bekämen. Weiter sieht man, daß, wenn die kommunalistische Fraktion im Gemeindepalast etwas unternimmt, um die Not aller Hilfsbedürftigen im Orte zu mildern, immer erklärt wird: Wir haben kein Geld, das Reich gibt uns kein. — So wird es gemacht! Die Gemeindefürsorge: wir haben kein Geld, aber von einem geharnischten Protest gegen das Reich hat man von den Gemeindefürsorge nur selten etwas gehört. Kampf gegen die Rückzugspolitik unserer jetzigen Regierung! Verlangt darüber hinaus, was alles von der Arbeiterkassette erprete Geld den Gemeindefürsorge wieder zukommt, damit die Gemeindevorsteher das Wohnungsgeld belämpfen und allen Erwerbslosen und Rentnern sowie der gesamten Arbeiterkassette Hilfe geben können. Darum auf, Männer und Frauen von Obersdorf, zum Volksbegehren, zeichnet euch noch heute ein in die Listen, die übrigens jeden Wochentag von 18 bis 19 Uhr und Sonntag von 9 bis 12 Uhr in denselben Lokalen ausliegen, wo ihr das letztemal zur Wahl gewesen seid.

Ortsausschuß Bernstadt für Volksentscheid!

In der am 28. September stattgefundenen Sitzung des Ortsausschußes Bernstadt wurde dem Antrag der RFB-Ortsgruppe, dem Komitee zur Durchführung des Volksentscheides beizutreten, gegen eine Stimme zugestimmt. Die Kollegen Tischler und Müller vom Textilarbeiterverband wurden als Delegierte des Ortsausschußes in das Komitee gewählt.

Der Kollege Garbe glaubte als Sozialdemokrat dem nicht zustimmen zu können. Er erklärte, daß es nicht Aufgabe der Gewerkschaften sei, sich mit dem Volksentscheid zu beschäftigen. Diese Stellungnahme wurde von den Kollegen Palme, Schneider und Klemm in treffender und überzeugender Weise widerlegt.

Durch elektrischen Strom getötet

Kamenz. Durch elektrischen Strom getötet wurde am Donnerstagabend in der hiesigen Glashütte der 38-jährige Arbeiter Lehner, der beim Putzen eines Fensters im Motorenhaus des dort entlassenen Starstromleitung zu nahe kam. Erst als durch das häßliche Elektrizitätswort der Strom abgestellt war, konnte der jämmerlich verbrannte Leiche Körper entfernt werden.

Die große Werbestafette durch Freital

Freital. Vom 9. Bezirk (Wasserschloß Grund) hat man in sportlicher Hinsicht bisher wenig gehört. Bis auf die wenigen mit lokales Interesse erhebenden Veranstaltungen beschränkte sich das Wäucher der Sportler dieses Bezirks auf einige Waldläufe, sowie die Teilnahme an den großen Veranstaltungen des benachbarten Großbezirks Dresden. — Die nun am Sonntag zur Durchführung gebrachte Stafette war deshalb einmal eine Notwendigkeit; dies um so mehr, als das benannte Gebiet durchaus aufnahmefähig für die mit diesem Lauf bewerkte Werbung ist. Freital, der Termin war etwas spät gewählt, darum vielleicht auch die nicht zufriedenstellende Beteiligung. Und überdies verlagerten gerade die angrenzenden Bezirke, die damit wenig Solidarität bezeugten. Der am Morgen herrschende harte Regen trug auch noch dazu bei, daß von den 11 gemeldeten Mannschaften nur 7 antraten. Die Stafette war 86 Kilometer lang und wurde pro Mannschaft von 10 Läufern bestritten. Der Verlauf selbst ging statt konstanten und sah die wirksamer Sportler vom Start weg in Front. Immerhin zog sich das Feld bis zum Schlußläufer erheblich auseinander. Organisatorisch muß die Veranstaltung noch bedeutend besser ausgestaltet werden.

Resultate: 1. Freital-Bezirk 24:18 Min., 2. Freital-Deuben 25:00 Min., 3. Gommich 25:07,2 Min., 4. Gommichsdorf 25:38,8 Min., 5. Schwimmer Freital-Deuben 25:39 Min., 6. Gittersee-Tharandt 26:05,2 Min., 7. Wüstfeld 26:13 Min. 6 R.

Sport- u. Lederwaren-Spezialitäten

kaufen alle Turner und Sportler bei
Henri Wüstfeld
Dr.-Lötian, Kesselsdorfer Straße 42

KORSO  **58**
Die neue Sensation.

